

Digitalisierung braucht klare Regeln

Parteiübergreifender Konsens beim Thema Datenschutz

Mit der Digitalisierung des Gesundheitswesens beschäftigte sich ein Kongress, der Ende März in Berlin stattfand. Überraschend: Beim Thema Datenschutz gab es einen parteiübergreifenden Konsens. Von der CDU über die Grünen bis zur Linkspartei sprachen sich alle anwesenden Politiker für klarere Regelungen in diesem Bereich aus.

Insgesamt müsse der Gesetzgeber deutlichere Leitplanken für die Digitalisierung des Gesundheitswesens setzen. Leidtragende seien ansonsten die Versicherten, fasst der Ärztliche Nachrichtendienst (AEND) die Ergebnisse des Kongresses zusammen.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Physiotherapeut Dr. Roy Kühne forderte, Grenzen der Digitalisierung im Gesundheitswesen abzustecken. „Wir müssen definieren, was erlaubt ist und was nicht. Es wäre schön, wenn wir hier schon ein Stück weiter wären“, sagte er laut AEND.

Nicht vernetzt gedacht

Das sah auch die Grünen-Politikerin Maria Klein-Schmeink so. Aus ihrer Sicht hat der Gesetzgeber bei der Einführung des E-Health-Gesetzes nicht vernetzt genug gedacht. „Als die Politik das E-Health-Gesetz geschaffen hat, hat sie es versäumt, klare Strukturen für die Digitalisierung festzulegen. Stattdessen ging es nur darum, den Weg für die elektronische Gesundheitskarte freizumachen“, zitiert der AEND die Bundestagsabgeordnete.

Chancen und Risiken

Kathrin Vogler von der Linkspartei steht den Chancen, die die Digitalisierung mit sich bringt, zwar grundsätzlich positiv gegenüber. Sie warnte aber auch vor den Risiken. Die Sicherheit der Daten und ein klarer Nutzen für den Patienten müssten gewährleistet sein. Scharfe Kritik übte Vogler laut AEND an der elektronischen Gesundheitskarte (eGK): „Das Konzept ist tot. Das Vorhaben aus dem Jahr 2003 ist 2017 nicht mehr zeitgemäß. Wenn man daran festhält, wird man weitere Versichertengelder versenken, ohne dass ein patientenrelevanter Nutzen entsteht.“ Insgesamt

zwei Milliarden Euro habe das Projekt bereits verschlungen – mit dem Resultat, dass jetzt ein Foto des Versicherten auf der Karte abgebildet sei. Als ein zweites Negativbeispiel nannte sie den bundes einheitlichen Medikationsplan. Auch dessen langwierige Entwicklung habe zu einem fragwürdigen Ergebnis geführt.

Zimmer aufräumen

Die Verantwortung für die Verzögerungen bei der Einführung der eGK sieht die Grüne Klein-Schmeink allerdings nicht nur bei der Politik. „Zehn Jahre Entwicklungszeit, in denen nichts vorangegangen ist, sprechen nicht für die Selbstverwaltung“, sagte sie dem AEND zufolge. Beim Medikationsplan etwa sei das Problem nicht die technische Umsetzung gewesen, sondern das Gerangel um Rechte und Kompetenzen der Akteure im Gesundheitswesen. Kühne pflichtete ihr in Teilen bei, hob jedoch gleichzeitig die Kontrollfunktion der Regierung hervor. „Wenn die Politik keine Fristen setzt und nicht mit Sanktionen droht, braucht sie sich nicht wundern, wenn die Selbstverwaltung ihr Zimmer nicht aufräumt.“

Dissens bei der Finanzierung

Vorbei war es mit dem parteiübergreifenden Konsens erwartungsgemäß beim Thema Finanzierung des Gesundheitswesens. Grüne und Linke bekräftigten ihre Forderung nach einer Bürgerversicherung. CDU-Mann Kühne sprach sich für den Erhalt des dualen Systems von gesetzlicher und privater Krankenversicherung aus und warnte vor einem „Einheitsbrei“. Die Trennung von GKV und PKV bedeute aber nicht, dass „die beiden Systeme nicht miteinander kommunizieren und sich weiterentwickeln können“, zitiert der AEND den CDU-Politiker.

Wird „Big Data“ gestoppt?

Das Fazit der Diskussion: Die Tatsache, dass sich die Vertreter von drei sehr unterschiedlichen Parteien beim Thema Datenschutz angenähert haben, lässt hoffen. „Big Data“ könnte in der nächsten Legislaturperiode gestoppt werden.